

BUNDESPARTEITAG der F.D.P.

am 5./6. Dezember 1980 in München

=====

Beschlußübersicht

Die im folgenden aufgeführten Anträge wurden in München beschlossen:

Aufhebung des § 175 StGB

Der Bundesparteitag fordert die Fraktion der F.D.P. im Bundestag auf, unverzüglich geeignete Initiativen zur Aufhebung des § 175 StGB zu ergreifen.

Wiedergutmachung

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Initiativen zu ergreifen, damit auch jene Verfolgten des NS-Regimes, die bis heute keine Wiedergutmachung erhalten - insbesondere die Homosexuellen, die Kommunisten und die Roma und Sinti -, eine Entschädigung entsprechend dem Bundesentschädigungsgesetz erhalten.

Dabei sollen auch die Opfer medizinischer Experimente in NS-KZ's verstärkt berücksichtigt werden.

Antidiskriminierungsgesetz

Der Bundesparteitag fordert die Fraktion der F.D.P. im Bundestag auf, in Verhandlungen mit dem Koalitionspartner auf die Einbringung eines Antidiskriminierungsgesetzes entsprechend dem Wahlprogramm der F.D.P. zu dringen und sich erforderlichenfalls die Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs vorzubehalten.

Katastrophenschutzübungen

Der Bundesparteitag der F.D.P. spricht sich für eine Offenlegung der Katastrophenschutzpläne für Kernkraftwerksunfälle aus und fordert in diesem Zusammenhang, Katastrophenschutzübungen mit der betroffenen Bevölkerung durchzuführen. So müßte zumindest eine Evakuierungsübung alle fünf Jahre durchgeführt werden.

Bundeswehr und Gesellschaft

Die Bundeswehr dient dem Frieden. Ohne den Verteidigungswillen und die Verteidigungsfähigkeit unseres Volkes könnten wir keine aktive Friedenspolitik betreiben.

2. Seite zur Beschlußübersicht BPT 5./6.12.1980

Die F.D.P. sieht in der Bundeswehr und in ihrer Einbindung in das westliche Verteidigungsbündnis einen Beitrag zur Friedenssicherung in Europa. Bundeswehr und Bündnis sollen durch ihre Existenz und durch ihre Funktionsfähigkeit die Gefahr verringern, daß es jemals wieder zu einer kriegerischen Auseinandersetzung in Europa kommen könnte.

Weil die Verteidigung eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist, bekennt sich die F.D.P. zur allgemeinen Wehrpflicht. Die Idee der allgemeinen Wehrpflicht entspricht einer alten und bewährten liberalen Tradition. Deshalb bekennt sich die F.D.P. auch zu den jungen Männern, die ihren Wehrdienst ableisten und auf diese Weise ihren Beitrag zum Frieden erbringen. Zugleich bekennt sich die F.D.P. zum Recht der Kriegsdienstverweigerung, das im Grundgesetz als Ausdruck unserer freiheitlichen Ordnung verankert ist.

Die Bundeswehr ist die Armee eines demokratischen Staates, der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr grundgesetzlich verankert. Es liegt im Interesse unserer Demokratie, das Verständnis Jugendlicher für diesen Grundgesetzauftrag argumentativ zu fördern.

So sehr demokratische Traditionspflege notwendig ist, so sehr muß auch über richtige und zeitgemäße Formen nachgedacht werden. Dies gilt auch für das Gelöbnis und seine äußere Gestaltung.

Der Bundesparteitag begrüßt deshalb die Absicht der F.D.P.-Bundestagsfraktion, zu diesem Thema unter Beteiligung der Vertrauensmänner der Streitkräfte eine Anhörung zu veranstalten. Die F.D.P. wird die Ergebnisse dieser Diskussion in ihr sicherheitspolitisches Konzept einbeziehen.

Friedens- und Entspannungspolitik

Die Friedens- und Entspannungspolitik in Europa auf der Grundlage der zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn bilateral abgeschlossenen Verträge und der KSZE-Schlußakte von Helsinki ist weiterhin ein außenpolitisches Hauptziel der Freien Demokratischen Partei.

Regionale Rückschläge in einer auf Dauer angelegten Entspannungs- und Friedenspolitik werden auch in Zukunft nicht zu vermeiden sein. Sie dürfen aber nicht dazu mißbraucht werden, den Gegnern dieser Politik in die Hände zu arbeiten.

Die einseitig angeordneten Maßnahmen der DDR zur Beeinträchtigung der Besuchsmöglichkeiten und andere restriktive Maßnahmen, die im Gegensatz zur KSZE-Schlußakte stehen und den Geist des Grundlagenvertrages zwischen beiden deutschen Staaten verletzen, werden vom Parteitag scharf verurteilt.

Die F.D.P. begrüßt die besonnene Reaktion der Bundesregierung auf die Maßnahmen der DDR. Die F.D.P. erwartet, daß die Bundesregierung konsequent fortfährt, auf eine Normalisierung des Verhältnisses beider deutscher Staaten hinzuwirken.

3. Seite zur Beschlußübersicht BPT 5./6.12.1980

Die F.D.P. fordert die DDR auf, ihre gegen den Besucherverkehr gerichteten Maßnahmen zurückzunehmen.

Europabeauftragte

Die F.D.P. hält es für notwendig, daß die Europabeauftragten auf allen Ebenen ihre Arbeit fortsetzen.

Die Kreisverbände werden aufgefordert, die gewählten oder zu wählenden Europabeauftragten in die Arbeit von Vorstand oder Kreishauptausschuß einzubeziehen.

Die Landesverbände werden gebeten, für eine ständige aktuelle Information der Europabeauftragten zu sorgen und entsprechende Angebote der liberalen Fraktion des Europaparlaments zu nutzen.

Im übrigen werden die F.D.P.-Abgeordneten des Europaparlaments aufgefordert, den Parteimitgliedern kontinuierlich über ihre Arbeit und die ihrer Fraktion zu berichten, um bei allen Parlamentariern einen stärkeren Begründungszwang für ihre Tätigkeit zu erreichen.

Um dies zu ermöglichen, sollen auch die Publikationsorgane der F.D.P. den F.D.P.-Abgeordneten des Europaparlaments in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen.

Die zuständigen Bundes- und Landesfachausschüsse sollten beauftragt werden, möglichst zweimal im Jahr Veranstaltungen zur Europapolitik mit qualifizierten Referenten anzubieten.

Es ist die Aufgabe der Europabeauftragten, das Thema "Europa" in Verbindung mit der F.D.P. in der Öffentlichkeit wach zu halten und zu fördern.

Die Europabeauftragten der Landesverbände werden aufgefordert, gemeinsam mit den F.D.P.-Abgeordneten des Europäischen Parlaments dem Bundesvorstand geeignete Vorschläge zu unterbreiten, wie die Arbeit der Europaparlamentarier, der Europabeauftragten, der Fachausschüsse sowie der F.D.P.-Mitglieder im ELD-Exekutivausschuß und der F.D.P.-Delegierten im ELD-Kongreß institutionell enger verknüpft werden kann.

Die Partei muß besser vorbereitet und motivierter als 1979 in das Europawahljahr 1984 gehen.

Südkorea

Die Freie Demokratische Partei verfolgt mit großer Sorge die politische Entwicklung in Südkorea. Sie verurteilt die brutale Ausschaltung jeglicher Opposition durch das herrschende Militärregime und appelliert nachdrücklich an den Präsidenten Südkoreas, das Todesurteil gegen den früheren Oppositionspolitiker Kim Dae-Jung nicht vollstrecken zu lassen.

4. Seite zur Beschlußübersicht BPT 5./6.12.1980

Die Hinrichtung Kim Dae-Jungs müßte zwangsläufig zu einer schweren Belastung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südkorea führen. Die Freien Demokraten sehen in der Entwicklung in Südkorea eine dringende Mahnung an alle Staaten, die Todesstrafe weltweit zu ächten, und damit der Initiative des Bundesaußenministers in den Vereinten Nationen zu folgen.

Die F.D.P. bittet nachdrücklich alle befreundeten Regierungen, insbesondere die der USA, nichts unversucht zu lassen, Leben und Freiheit von Kim Dae-Jung zu retten.

Energiepolitik

Für die F.D.P. gilt der Grundsatz, daß der Kernenergie die Rolle einer Restenergie zukommt. Innerhalb dieses Rahmens gilt:

Als Ergänzung zur Technologie der LWR mit dem langfristig notwendigen Uran/Plutonium-Kreislauf und zur Fortentwicklung der Kernspaltungstechnik mit dem Ziel, auch zu anderen Substitutionsmöglichkeiten des Öles zu kommen, ist der HTR zur Anwendungsreife zu entwickeln.

Für diese Reaktorlinie ist auch die Entwicklung des Thorium-Brennstoffkreislaufes fortzusetzen. Die F.D.P. hält die weitere Förderung dieser Reaktorlinie durch das Land Nordrhein-Westfalen und durch den Bund unter Einbeziehung der Wirtschaft in der bisherigen Form für unverzichtbar.

Die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit sind seitens der Bundesregierung ernsthaft und intensiv auszuschöpfen.

Reform Kfz-Steuer

Die Bundestagsfraktion der F.D.P. wird aufgefordert, sich für eine Überführung der Kraftfahrzeugsteuer in die Mineralölsteuer zum frühestmöglichen Termin einzusetzen.